

Mit britischem Geburtsschein

Großbritannien und Nordrhein-Westfalen

Wilhelm Ribhegge*



Das Land Nordrhein-Westfalen (NRW) wurde vor 60 Jahren am 23. August 1946 durch eine Militärverordnung der britischen Besatzungsmacht gegründet. Ohne Großbritannien wäre Nordrhein-Westfalen nicht entstanden, und da das Land ein Modell für die spätere Gründung der Bundesrepublik wurde, wäre möglicherweise ohne die Gründung Nordrhein-Westfalens auch die Entwicklung der Bundesrepublik nicht so verlaufen, wie es tatsächlich geschah.

Zu den Absichten der alliierten Siegermächte nach 1945 zählte die Zerschlagung Preußens. Gut ein halbes Jahr später wurde Preußen durch das Kontrollratsgesetz Nr. 46 am 25. Februar 1947 förmlich aufgelöst.



Le drapeau britannique hissé lors de la première session du parlement régional de Rhénanie-du-Nord/Westphalie

La Grande-Bretagne et l'Allemagne

Décidée à Londres dès le mois de juin 1946 par une commission du gouvernement britannique dirigée par le premier ministre Clement Attlee, la fondation du *Land* de Rhénanie-du-Nord/Westphalie le 23 août 1946 a été marquée par le rôle de l'administration des forces d'occupation britanniques dans cette région, soucieuse de mettre en place un modèle pour l'Allemagne d'après-guerre, mais aussi de gérer le bassin de la Ruhr et d'affaiblir le rôle de Berlin.

Réd.

Das im Kern aus den beiden westlichen Provinzen Preußens, Rheinland und Westfalen, gebildete neue Land übernahm vom alten Preußen dessen Industriekapital an Rhein und Ruhr. Mit der Gründung Nordrhein-Westfalens verlagerte sich der Schwerpunkt des neuen Deutschland von der Spree an den Rhein – lange bevor es zur Gründung der Bundesrepublik und zur Festlegung Bonns als Regierungssitz kam.

Sucht man in Werken zur britischen Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts nach Hinweisen auf die Gründung Nordrhein-Westfalens, so ist das Ergebnis negativ: Nirgendwo wird sie als eine bedeutende Leistung der britischen Außenpolitik der Nachkriegszeit erwähnt. Dieser Befund entspricht der Vernachlässigung derselben Tatsache in Werken über die deutsche Geschichte bei deutschen Historikern. Nordrhein-Westfalen war das größte und bevölkerungsstärkste Land der Bundesrepublik, und es blieb dies auch nach der deutschen Vereinigung 1990. Bis zu einem gewissen Grade übernahm das Land NRW jene Funktion für die Bundesrepublik, die das ehemalige Land Preußen für das Deutsche Reich gehabt hatte, und es beherbergte sogar die Bundeshauptstadt Bonn auf seinem Territorium, zumindest bis zum Beschluss des Bundestags von 1991 über den Wechsel der Hauptstadt von Bonn nach Berlin. Aber es besteht anscheinend ein allgemeiner Konsens unter Historikern, dieses Land unbeachtet zu lassen. 1946 neugeschaffen, war Nordrhein-West-

* Wilhelm Ribhegge ist Historiker, er ist u. a. Verfasser des Buchs *Preußen im Westen* (Münster 2008).

falen ein Neuankömmling unter den deutschen Ländern ohne den Reiz, den Ruhm, aber auch ohne die mögliche Problematik einer älteren Tradition, wie sie die Länder und früheren Königreiche Bayern, Württemberg und Sachsen oder eben auch Preußen bis zu seiner förmlichen Auflösung 1946 vorweisen konnten. Die Landesregierung von NRW und die im Landtag vertretenen Par-

Großbritannien und Deutschland

In der *Bithel Memorial Lecture* von 1982 erwähnte Lord Annan ein Gespräch, das er im Dezember 1945 mit Konrad Adenauer in dessen Haus in Rhöndorf geführt hatte. Man diskutierte über die deutsche und europäische Vergangenheit, und Adenauer fragte Annan, ob er wisse, welches der größte Fehler gewesen sei, den die Engländer jemals in ihren Beziehungen zu Deutschland gemacht hätten.

Konrad Adenauer gab die Antwort selbst: „*Es war der Wiener Kongress, als Sie so törichterweise Preußen an den Rhein gebracht haben als Sicherung gegen Frankreich und gegen einen neuen Napoleon.*“ Die Antwort erscheint als ein etwas seltsamer Kommentar zu dem Gang der Geschichte der deutsch-britischen Beziehungen und als ein Schritt in die Utopie alternativer Geschichte.

teien waren sich dieses Mangels an historischer Landesidentität immer bewußt, und deshalb erinnerte man 1986 in Feiern an das Jubiläum der Gründung des Landes vor vierzig Jahren. Ein Nebenprodukt des Jubiläums war die Veröffentlichung einer Reihe von Büchern zur Landesgeschichte. Dazu zählte auch die Dokumentation über die Ruhrfrage und die Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen 1946, die auf der Grundlage von Forschungen in französischen, amerikanischen und vor allem britischen Archiven von Rolf Steininger erstellt wurde. Die meisten Quellen stammen aus dem britischen *Public Record Office*. Die Dokumentation enthält vor allem archivalisches Material über die britische Außenpolitik der *Labour*-Regierung unter Clement Attlee als Premierminister und Ernest Bevin als Staatssekretär des Auswärtigen.

Das mangelnde Interesse der Historiker für die Anfänge Nordrhein-Westfalens im Rahmen der allgemeinen Geschichte mag damit zusammenhängen, dass Historiker – jedenfalls lange Zeit – mehr an den Ursprüngen der Kriege, besonders der beiden Weltkriege, interessiert waren. Diese geringe Beachtung der mühseligen Arbeit der Wiederherstellung einer friedlichen, demokratischen Wohlfahrtsgesellschaft mag vielleicht die erstaunliche Tatsache erklären, dass die Erfolgsgeschichte der Deutschlandpolitik der britischen *Labour*-Regierung während der entscheidenden Jahre unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg in Vergessenheit geriet.

Endgültige Entscheidung

Die endgültige Entscheidung für die Schaffung Nordrhein-Westfalens fiel auf einer Sitzung des *Overseas Reconstructions Committee* (ORC), einem Ausschuss des britischen Kabinetts, unter dem Vorsitz Clement Attlees als Premierminister in *Downing Street* 10 am Freitag, dem 21. Juni 1946. Die Argumente der vorhergegangenen Diskussion zusammenfassend hält das Protokoll fest: „*Der Ausschuss stimmte darin überein, dass die größeren Vorzüge bei der Errichtung des vorgeschlagenen neuen Landes bei dem Vorschlag mit dem größeren Gebiet liegen, das die bisherigen Provinzen Westfalen und Nordrhein umfasst.*“ Der Ausschuss folgte dabei nicht der Argumentation des Chefs des *German Control Office* und Ministers, John Hynd, der sich für die Schaffung nicht eines großen Landes, sondern für die zweier kleinerer Länder ausgesprochen hatte. Hynds Opposition beruhte auf der Überlegung, dass von der größeren Lösung 60 % der Bevölkerung der britischen Zone in Deutschland erfasst würden und dadurch, wie er es formulierte, ein „*Preußen im Westen*“ entstehen könne. Als *Labour*-Politiker war Hynd besorgt, dass „*Industrielle und Kapitalisten an der Ruhr künftig einen beherrschenden politischen Einfluss auf dieses große Land ausüben werden.*“ Auch wenn die Industriellen ihre Macht verloren hätten, so könnten sie diese durch ihren Einfluss auf die Katholische Demokratische Partei zurückgewinnen. Gemeint war die CDU, die in den beiden Provinzen die stärkste Partei war und deren Vorläuferin, die

katholische Zentrumspartei, hier bereits in der Weimarer Zeit aktiv gewesen war, allerdings mit einem starken linken Flügel. Der Kabinettsausschuss war jedoch nicht bereit, Hynds parteipolitischer Argumentation zu folgen und die Entscheidung von vermeintlichen künftigen Wahlergebnissen abhängig zu machen. So gab schließlich das britische Kabinett seine volle Zustimmung für ein „*Preußen im Westen*“. Dem britischen Kabinett war von den Spezialisten im *Foreign Office* wie in der Kontrollkommission in Berlin versichert worden, dass die Bevölkerung der beiden Provinzen mit großer Mehrheit die Lösung zugunsten des größeren Landes unterstütze. Die ablehnende Haltung Kurt Schumachers, des Führers der deutschen Sozialdemokratie, wurde erst einige Tage nach der endgültigen Entscheidung nach London übermittelt. Ernest Bevin hatte in seinem Memorandum zur Vorbereitung der Sitzung folgendermaßen argumentiert: *„Die deutschen Gefühle und Traditionen sind ganz auf der Seite eines Landes, dessen Grenzen sich eng an die bestehenden provinziellen Grenzen anlehnen. Die demokratischen Kräfte in Deutschland, die Sozialisten und christlich-demokratischen Parteien, die zu unterstützen in unserem Interesse liegt, könnten dazu gebracht werden, eine Neuorganisation zu akzeptieren, die sich an die traditionellen Grenzen anlehnt, aber sie würden entschieden gegen die Schaffung einer neuen künstlichen Einheit Widerstand leisten.“*

Grundsätzliche Weichenstellungen

Die Entscheidung des britischen Kabinetts 1946 für Nordrhein-Westfalen enthielt in ihrer Konsequenz eine Entscheidung über die Zukunft des Ruhrgebiets und der Ruhrindustrie. Dabei war sich das britische Kabinett sehr wohl bewusst, dass die einseitig getroffene Entscheidung auch die Beziehungen zu den anderen Alliierten, besonders zu Russland, berührte. Das Protokoll jener Sitzung des Kabinettsausschusses hielt fest, dass man sich darin einig sei, *„dass in der Diskussion der Probleme Deutschlands mit den anderen Besatzungsmächten wir von uns aus nicht auf den Bruch des Potsdamer Abkommens oder auf eine Teilung Deutschlands entlang der Grenze der sowjetischen Zone hinarbeiten sollten. Wenn es zu einem Bruch kommen*

sollte, muss die Verantwortung dafür ganz eindeutig der sowjetischen Regierung zugeschoben werden“. Diese Richtlinie der britischen Außenpolitik gegenüber Russland war von Ernest Bevin erarbeitet und formuliert worden. Daran hielt er sich in den kommenden Monaten und Jahren. Im Gegensatz zu der weitverbreiteten Vorstellung, dass Berlin das beherrschende Zentrum Deutschlands gewesen sei, muss man sich vor Augen halten, dass Berlin zweifellos die Hauptstadt war, aber das Zentrum der wirtschaftlichen Ressourcen Deutschlands und Preußens die Schwerindustrie an der Ruhr bildete. Das Ruhrgebiet gehörte teils zur preußischen Provinz Westfalen und teils zur preußischen Provinz Rheinland. 1945 war der südliche Teil der Provinz Rheinland mit den Regierungsbezirken Koblenz und Trier von dem nördlichen Teil abgetrennt und der französischen Besatzungszone zugewiesen worden. Der nördliche Teil der Provinz mit Bonn, Aachen, Köln, Düsseldorf und Essen gehörte zur britischen Zone, die weiterhin das gesamte nördliche Gebiet Deutschlands bis zur Nordsee und zur dänischen Grenze umfasste. Nur Bremen und Bremerhaven als *US Port of Embarcation* waren davon ausgenommen und der amerikanischen Zone zugewiesen worden.

Des Britanniques à Hambourg

Après les bombardements américains et britanniques de 1943, les soldats de la 7^e division blindée britannique ont anéanti la défense allemande à Hambourg quelques jours avant la fin des hostilités. Une capitulation a été signée le 3 mai à Hambourg, deux semaines après le suicide de Hitler. La cité hanséatique deviendra zone d'occupation britannique : C'est là que deux grands journaux ont été fondés dans la pure tradition du journalisme de qualité représenté par le *Times* de Londres : *Die Welt* et *Die Zeit*. L'arrivée en 1960 des *Beatles* à Hambourg a permis de découvrir pour la première fois le groupe de Liverpool, bien avant qu'il ne connaisse le succès international à partir de 1962. Depuis 2008, une *Beatle-Platz* ornée de statues métalliques est dédiée aux chanteurs. G. F.